

Kleiner Infobrief 1. - 15. August 2018

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

der aktuelle Kleine Infobrief...

mit besten Grüßen,
Jürgen Weber

Termine/Veranstaltungen

04.08.2018 18:30 & 05.08.2018 12:45 Potsdam „Seenotrettung - ein Akt der Menschlichkeit“ - Film über das Seenotrettungsschiff 'Iuventa' der Initiative Jugend RETTET. Ort: 'Thalia Potsdam', Rudolf-Breitscheid-Straße 50, 14482 Potsdam:
<http://www.thalia-potsdam.de/filme/iuventa-10950/>

Alle weiteren Infos zum Film, Termine, Trailer und mehr:

<http://www.iuventa-film.de>

Zur Anklage gegen die Berliner Hilfsorganisation (10. Juli 2018): „...Jugend RETTET e. V. wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass gegen einzelne Crewmitglieder konkrete Ermittlungsschritte eingeleitet wurden. Damit nimmt die Kriminalisierung durch die italienischen Behörden weiter Gestalt an. Private technische Geräte, die bei der Schiffsbeschlagnahme konfisziert wurden, sollen nun durchsucht werden. Nach der fast einjährigen Beschlagnahme des Schiffes IUVENTA sieht Jugend RETTET e.V. dies als weiteren politischen Schritt um Seenotrettung zu kriminalisieren und Aktivist*innen abzuschrecken ihre lebensrettende Arbeit fortzuführen. Bis heute gibt es keinen Nachweis einer Straftat weder von Seiten des Vereins noch von Einzelpersonen...“

Siehe:

<https://jugendrettet.org>

04.08.2018 ab 17:00 Brück Refugees Theater Groups präsentiert: Theater aus dem Leben Geflüchteter. Ort: Landprojekt Alte Mühle Gömnigk, Dorfstr. 1, 14822 Brück/Ortsteil Gömnigk. Mehr Infos zur Theatergruppe, zur Anreise und genaue Zeiten auf dem Flyer:

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/08/Flyer-front.pdf>

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/08/Flyer-back.pdf>

16.08. - 28.08.2018 14:00 -20:00 Potsdam „yallah!? Über die Balkanroute“ - Ausstellung aus der Perspektive von Geflüchteten im Kunstraum im Studentischen Kulturzentrum Kuze, Hermann-Elfleinstraße 10, 14467 Potsdam. Die bundesweite Wanderausstellung zeigt Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, die entlang der sog. Balkanroute in Nordgriechenland, Serbien oder in Deutschland entstanden sind. Vernissage am 16.08. um 19:00, kostenfreier Eintritt. Informationen unter:

<https://kuze-potsdam.de/info/kontakt.html>

Zur Ausstellung ein Artikel aus Potsdamer Neueste Nachrichten/PNN vom 31. Juli 2018:

<http://www.pnn.de/potsdam/1306826/>

25./26. 08.2018 Rheinsberg #EMPOWER YOURSELF - Beteiligungswerkstatt für junge

Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Veranstaltung des Landesjugendring Brandenburg/LJR. Veranstaltungsort: DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, Kirschallee, 16837 Rheinsberg, Ortsteil Flecken Zechlin. Alle Informationen auf der LJR-Homepage unter:

<https://www.ljr-brandenburg.de/termine/empower-yourself-beteiligungswerkstatt-fuer-junge-menschen-mit-und-ohne-fluchterfahrung/>

Save the date

10.10.2018 Tagesveranstaltung Berlin Fachveranstaltung: "Geflohen, Angekommen und dann?" - Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnen. Ort: Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V., Urbanstr. 21, 10961 Berlin.

8. - 10.10. 2018 Berlin Tagung „Identität. Macht. Verletzung“ - Rassismuskritische Perspektiven. Ev. Bildungsstätte auf Schwanenwerder. Das detaillierte Programm unter:

<http://www.eaberlin.de/seminars/data/2018/kul/identitaet-macht-verletzung/>

Regelmäßige Termine

Begegnungscafé - Jeden Sonntag 15.30 bis 17.30 Uhr in Babelsberg, Freizeitstätte, Karl-Liebknecht-Str. 28. Immer mit einem Kulturprogramm; Kaffee und Tee frei; selbstgebackener Kuchen auf Spendenbasis. Kontakt: Kruse: 017682331500, E-Mail: [fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg\[at\]gmx\[dot\]de](mailto:fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg[at]gmx[dot]de)

Europäisches Grenzregime

Malta

"Sea-Watch 3" hat alle Zulassungen - darf aber nicht auslaufen

Spiegel Online am 1. August 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/malta-sea-watch-3-hat-alle-zulassungen-darf-aber-nicht-auslaufen-a-1221076.html>

Tunesien

Versorgungsschiff „Sarost 5“ mit 40 Geretteten darf nicht anlegen, obwohl die tunesische Regierung bereits zustimmte

Focus.de am 31. Juli 2018:

https://www.focus.de/politik/ausland/fast-drei-wochen-schiff-mit-fluechtlingen-muss-weiterhin-vor-tunesien-warten_id_9340652.html

Spiegel Online am 31. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-schiff-mit-migranten-darf-nicht-in-tunesien-anlegen-a-1221030.html>

Nach der Ankündigung der Regierung Tunesiens das Schiff aus humanitären Gründen angelegen zu lassen, veröffentlichte am selben Tag Watch the Med Alarm Phone eine Stellungnahme:

https://alarmphone.org/en/2018/07/29/press-release-on-the-sarost-5-disembarkation-announcement/?post_type_release_type=post

Über den Alarm Phone Fall wurde in internationalen Medien berichtet:

https://www.maltatoday.com.mt/news/national/88290/migrants_rescued_in_maltese_sar_stranded_on_ship_outside_tunisia#.W1XxwtIzY2w

<http://taz.de/Fluechtlinge-auf-dem-Mittelmeer!/5522623/>

<https://www.taz.de!/5519959/>

http://www.adnkronos.com/aki-en/security/2018/07/18/migrants-stranded-off-tunisia-amid-new-standoff-says-ngo_5nizq7HbLKXSU91Eap3KxH.html

<http://www.rfi.fr/europe/20180721-sarost-5-zarzis-malte-italie-france-migrants-bloques-tunisie>

Links zu direkten Stellungnahmen von Betroffenen nach 10 Tagen auf See (Englisch und Französisch):

<https://www.facebook.com/watchthemed.alarmphone/videos/2167791276828437/>

<https://www.facebook.com/watchthemed.alarmphone/videos/2167801273494104/>

<https://www.facebook.com/watchthemed.alarmphone/videos/2167798733494358/>

Cueta

700 Flüchtlinge erstürmen Grenzzaun von Ceuta

Mehr als 700 Menschen haben den Grenzzaun der spanischen Nordafrika-Enklave Ceuta überwunden. Medienberichten zufolge nahm die spanische Polizei mehrere Migranten fest und schickte sie nach Marokko zurück. Artikel aus dem MiGAZIN vom 27. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/27/700-fluechtlinge-erstuermen-grenzzaun-von-ceuta/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Italien

Italienisches Schiff bringt gerettete Flüchtlinge nach Libyen

Ein italienisches Schiff hat am 30. Juli 108 Flüchtlinge nach Libyen gebracht. Dies berichten italienische Zeitungen - "La Repubblica" u.a. - und verschiedene Seenotrettungs-NGOs. Die italienische Rettungsleitstelle MRCC habe den Kapitän angewiesen, mit der libyschen Küstenwache abzustimmen, wohin die Menschen gebracht werden sollen. Italiens Innenminister Salvini stritt ab, dass Italien etwas mit der Sache zu tun hatte. Taz vom 31. Juli 2018:

<https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5520509&s=Libyen/>

Siehe auch: Spiegel Online am 31. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-italienisches-schiff-bring-gerettete-migranten-nach-libyen-a-1220995.html>

Über den Korridor nach Italien

Aus einem Lager in Äthiopien können Asylberechtigte direkt nach Italien gebracht werden. Dort angekommen haben sie es nicht leichter als andere, die über das Mittelmeer geflüchtet sind. Von Sarah Zerback, ARD-Studio Rom. Feature vom 10. Juli 2018 zum Nachhören auf:

<https://www.tagesschau.de/ausland/fluchtkorridore-italien-101.html>

Bosnien/Kroatien

Push-Backs und Polizeigewalt entlang der Balkanroute

Bericht aus Velika Kladuša an der bosnisch-kroatischen Grenze über illegale Push-Backs, Polizeigewalt und die Zusammenarbeit von Kroatien und Slowenien auf dem Blog yallayallaeurope am 23. Juli 2018:

<https://yallayallaeurope.wordpress.com/2018/07/23/push-backs-und-polizeigewalt/>

Operation „Sophia“ läuft derzeit weiter

Benannt nach einem somalischen Mädchen, das vor knapp drei Jahren an Bord der deutschen Fregatte „Schleswig-Holstein“ geboren wurde: die EU-Marinemission „Sophia“. Über ihre Zukunft wird gerade gestritten. MiGAZIN am 24. Juli 2018:
http://www.migazin.de/2018/07/24/eu-fluechtlingspolitik-operation-sophia-laeuft-derzeit-weiter/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Retter in Not

Eine Reportage in der taz am 9. Juli 2018 zur Abschottungspolitik der EU:
<http://www.taz.de/Abschottung-der-Europaeischen-Union/!5516013/>

Herkunftsländer

Assads Gesetz Nr. 10

Durch ein neues Gesetz des Regimes in Syrien müssen Personen mit Landbesitz, die sich nicht in Syrien befinden, eine Vertretung im Inland benennen, ansonsten laufen sie Gefahr, dass dieses Land von der Regierung beschlagnahmt wird. Die Benennung der Vertretung ist wiederum nur über die Botschaften möglich. Details zum Gesetz und der dahinter stehenden Strategie des Regimes in der aktuellen Ausgabe von Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, vom 12. Juli 2018, ab S.1. Online unter:
<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5512784>

Meldungen aus Brandenburg

Potsdam will aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen

Potsdam will sich einer Initiative nordrhein-westfälischer Städte zur Aufnahme geretteter Flüchtlinge aus Seenot anschließen. MOZ am 29. Juli 2018:
<https://www.moz.de/landkreise/potsdam/artikelansicht/dg/0/1/1671834/>
siehe dazu:

Initiative zur Aufnahme von Flüchtlingen stößt auf positives Echo

Auf großen Zuspruch ist die Initiative der Städte Bonn, Düsseldorf und Köln zur Aufnahme von Flüchtlingen gestoßen. MiGAZIN am 30. Juli 2018:
http://www.migazin.de/2018/07/30/initiative-zur-aufnahme-von-fluechtlingen-stoesst-auf-positives-echo/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

„Seebrücke – Schafft sichere Häfen“

Bericht über die Solidaritätsdemonstration in Brandenburg an der Havel am 22. Juli 2018 in der MOZ:
<https://www.moz.de/landkreise/havelland/brandenburghavel/brandenburghavel-artikel/dg/0/1/1670769/>

Spendenaktion für Tochter von Farid Guendoul beendet

In Guben sind Spendengelder an die Tochter von Omar Ben Noui übergeben worden, der vor 19 Jahren in der Neißestadt zu Tode gehetzt worden war. Lausitzer Rundschau am 20. Juli 2018:

https://www.lr-online.de/lausitz/guben/spenden-nach-toedlicher-hetzjagd-von-guben_aid-24017035

Dazu auch: Niederlausitz-aktuell.de am 20. Juli 2018:

<https://www.niederlausitz-aktuell.de/spree-neisse/guben/73033/spendenaktion-fuer-tochter-von-farid-guendoul-beendet.html>

„(Z)war ausländerfeindlich, aber nicht politisch motiviert“

Für die Attacke auf eine schwangere Frau in Südbrandenburg ist ein 19-Jähriger vom Amtsgericht Senftenberg zu einer Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 19-Jährige vor knapp einem Jahr in Großräschen (Oberspreewald-Lausitz) eine Gruppe von Frauen und Kinder ausländerfeindlich beleidigte und einer Schwangeren mit dem Fuß in den Bauch trat. Rbb am 17. Juli 2018:

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2018/07/amsgericht-senftenberg-bewaehrungsstrafe-attacke-auf-schwangere.html>

Die Opferperspektive kritisiert, dass das politische Motiv im Urteil nicht erwähnt wird. Das Plädoyer des Staatsanwalts, die Tat sei „zwar ausländerfeindlich, aber nicht politisch motiviert“ gewesen, ist aus Sicht der Opferperspektive eine Farce. Es reduziere „Rassismus bzw. 'Ausländerfeindlichkeit' auf einen vermeintlichen Rand der Gesellschaft“. Die Erklärung der Opferperspektive im Wortlaut:

<https://www.opferperspektive.de/aktuelles/opferperspektive-kritisiert-politisches-motiv-im-urteil-nicht-benannt>

Integrationspreis der Landeshauptstadt

Noch bis zum 24. August 2018 können Bewerbungen für Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht werden. Alle Informationen plus Bewerbungsbogen hier:

<https://www.potsdam.de/bestes-potsdamer-integrationsprojekt-gesucht>

Meldungen aus Deutschland

„Familiennachzugsneuregelungsgesetz‘ tritt in Kraft

Ab 1. August ist für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz der Familiennachzug unter Einschränkungen wieder möglich. Pro Monat dürfen nun 1.000 Angehörige von subsidiär Schutzberechtigten nach Deutschland einreisen. Das betrifft vor allem Menschen aus Syrien und dem Irak. In den diplomatischen Außenstellen im Libanon, Jordanien, Nord-Irak, Türkei und Ägypten warten derzeit bereits rund 30.000 Angehörige von Menschen mit subsidiärem Schutz auf einen Termin, um ein Visum zu beantragen. Das gab das Auswärtige Amt auf Anfrage des MEDIENDIENSTES-Integration bekannt. Weitere Zahlen und Fakten zum Thema hier:

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy/zahl-der-fluechtlinge.html#c1506>

Die Langzeitreportage im Tagesspiegel „Geteiltes Leid. Eine Mutter flieht nach

Deutschland, ihre Familie muss warten“ berichtet davon, was es für die syrische Familie abo Staiti heißt, seit mehr als drei Jahren getrennt voneinander zu leben. Ihre Trennung ist politisch so gewollt. Mehr:

<https://interaktiv.tagesspiegel.de/geteiltes-leid/>

„20 Asylbewerber, ein Klo, keinerlei Privatsphäre“

Die Aufnahmeeinrichtung Oberfranken für Flüchtlinge in Bamberg hat für Bundesinnenminister Seehofer Modellcharakter für die geplanten Ankerzentren. Für Betroffene und deren ehrenamtliche Helfer ist sie vor allem eines: unmenschlich. MiGAZIN am 31. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/31/aufnahmezentrum-bamberg-asylbewerber-klo-privatsphaere/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGA-ZIN+Newsletter

Leben in einem von Seehofers künftigen "Ankerzentren"

Ein einfühlsamer Bericht über die Situation von Asylsuchenden im derzeitigen Ankunftszentrum Bad Fallingbostal/Oerbke auf Bento.de vom 30. Juli 2018:

<http://www.bento.de/politik/ankerzentrum-so-leben-fluechtlinge-schon-jetzt-im-ankunfts-zentrum-bad-fallingbostal-2647947/#refspn>

Die abgelegene Lage, der Geschützdonner der Bundeswehr und die mangelnde Anbindung an zivilgesellschaftliche Organisationen machen das Ankunftszentrum in Bad Fallingbostal/Oerbke zu einem Ort der Ausgrenzung. Siehe hierzu auch die Kritik des Netzwerkprojekts AMBA/Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen:

<https://www.nds-fluerat.org/23668/aktuelles/fluechtlingsverbaende-fordern-integriertes-konzept-fuer-die-fluechtlingsaufnahme-in-niedersachsen/>

Weiterführende Hinweise:

<https://www.nds-fluerat.org/29838/aktuelles/29838/>

Abgeschobene Ukrainerin darf wieder zurück

Das Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass die in die Ukraine abgeschobene angehende Altenpflegerin Svitlana K. wieder nach Deutschland zurückreisen darf. Die Richter üben Kritik an der Ausländerbehörde. Die Diakonie nennt die Abschiebung „Irrsinn“. MiGAZIN am 31. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/31/abgeschobene-ukrainerin-darf-wieder-zurueck/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGA-ZIN+Newsletter

Attacke auf zwei Bundeswehrsoldaten war erfunden

Die Beschreibung der vermeintlichen Angreifer („die den Rückschluss auf Täter aus dem türkisch-arabischen Raum nahelegte“, so die Neue Zürcher Zeitung/NZZ am 30. Juli 2018) hat unter anderem auf Twitter im rechten Milieu große Kreise gezogen. Wie sich bald herausstellte, war die Geschichte jedoch erfunden und die Soldaten haben sich die Verletzungen selbst beigebracht. Bericht auf Hessenschau.de am 31. Juli 2018:

<https://www.hessenschau.de/panorama/angebliche-attacke-auf-soldaten-war-erfunden,soldaten-schlaege-erfunden-100.html>

Flüchtlingsorganisation lehnt Nominierung für den Deutschen Nachbarschaftspreis ab

Sie hätten sich sehr über die Nominierung gefreut, aber Seehofers Schirmherrschaft könnten

sie nicht mit ihren Absichten vereinbaren, erklärte die Berliner Flüchtlingshilfsorganisation Moabit hilft e.V. Bericht im rbb am 30. Juli 2018:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/07/nachbarschaftspreis-moabit-hilft-nominierung-abgelehnt.html>

"Auch nach Syrien, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind"

Reiner Haseloff (CDU), seines Zeichens Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, hat sich für Abschiebungen auch nach Syrien ausgesprochen. Spiegel Online am 30. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/reiner-haseloff-fuer-abschiebungen-in-buergerkriegsland-syrien-a-1220732.html>

Rechtsextreme führen "Feindeslisten" mit 25.000 Menschen

Rechtsextreme führen laut einem Medienbericht Listen mit Informationen über Tausende "Feinde". Die Bundesbehörden haben offenbar nur drei Betroffene informiert, berichtet Spiegel Online am 30. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-25-000-menschen-stehen-auf-feindeslisten-a-1220883.html>

Verfassungsgerichtspräsident Voßkuhle bezeichnet CSU-Sprache in Asyldebatte als "inakzeptabel"

Im politischen Streit um Zuwanderung verschärfte sich der Ton in den Debatten zuletzt häufiger. Besonders die CSU vergriff sich dabei mehrfach im Ton, findet Deutschlands höchster Richter, Andreas Voßkuhle. Spiegel Online am 26. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/andreas-vosskuhle-verfassungsgerichtspraesident-kritisiert-csu-fuer-asylrhetorik-a-1220226.html>

Zum Begriff "Anti-Abschiebeindustrie", den CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt mit Blick auf Asylanwält_innen und Flüchtlingshelfer benutzt hatte, sagte Voßkuhle: "Wer rechtsstaatliche Garantien in Anspruch nimmt, muss sich dafür nicht beschimpfen lassen." Tagesschau am 26. Juli 2018:

<https://www.tagesschau.de/inland/vosskuhle-ruege-101.html>

Verfassungsschutzbericht ohne NSU

Der neue Verfassungsschutzbericht warnt vor Aktivitäten in diversen Bereichen, auf die Nennung des NSU-Komplexes wurde jedoch verzichtet. MiGAZIN am 25. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/25/verfassungsschutzbericht-2017-deutsche-sympathisieren-verfassungsfeindlichen-szenen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

WiE hit the road! - Protesttour durch Deutschland

Women in Exile demonstrieren gegen Rassismus und Diskriminierung. Artikel im Neuen Deutschland vom 23. Juli 2018:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1095048.fluechtlingspolitik-in-deutschland-gefluechtete-frauen-starten-protesttour-durch-deutschland.html>

Neuste Potsdamer Nachrichten/PNN vom 24. Juli 2018:

<http://www.pnn.de/potsdam/1304839/>

hierzu auch das PNN-Interview über geflüchtete Frauen in Potsdam am 24. Juli 2018:

<http://www.pnn.de/potsdam/1304841/>

Pünktlich zur Sommer-Bus-Tour 2018 gibt es den neuen WiE-Newsletter, die Tourstationen und Termine sind auf der vorletzten Seite des Newsletters angegeben. Link zum Download

hier:

<https://www.women-in-exile.net/wp-content/uploads/2014/04/newsletter14.pdf>

„#ausgehetzt – Gemeinsam gegen die Politik der Angst!“

Ein Zeichen gegen die unmenschlichen Politiken und Debatten, die momentan geführt werden, wurde am 22. Juli 2018 in München gesetzt. Dort gingen laut Veranstalter_innen 50 000 Menschen unter dem Motto „#ausgehetzt – Gemeinsam gegen die Politik der Angst!“ auf die Straße - vor allem wurde gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der CSU demonstriert. Die Demonstrant_innen in München machten eindrucksvoll deutlich, dass die Politik der Unmenschlichkeit nicht der allgemeinen gesellschaftlichen Meinung entspricht. Die CSU wiederum zeigte sich so kurz vor den Landtagswahlen durch die Demonstration beunruhigt. Es berichteten u.a., die Süddeutsche Zeitung am 22. Juli 2018:

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/csu-ausgehetzt-kommentar-prantl-1.4065028>

die Hannoversche Allgemeine am 22. Juli 2018:

<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Tausende-demonstrieren-gegen-Politik-der-CSU>

die taz am 22. Juli 2018:

<https://www.taz.de/%215518633/>

das MiGAZIN am 23. Juli 2018:

<http://www.migazin.de/2018/07/23/gegen-csus-fluechtlingspolitik-zehntausende-teilnehmer/>

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGA-ZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2018/07/23/gegen-csus-fluechtlingspolitik-zehntausende-teilnehmer/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGA-ZIN+Newsletter)

die Tagesschau am 22. Juli 2018:

<https://www.tagesschau.de/inland/kundgebung-101.html>

Im Vorfeld der Demonstration erschien in der Abendzeitung München ein Interview mit dem Kapitän des privaten Seenotrettungsschiffes „Lifeline“ unter der Überschrift: "Flüchtlinge werden auf dem Meer entsorgt":

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.az-interview-mit-claus-peter-reisch-lifeline-kapitaen-fluechtlinge-werden-auf-dem-meer-entsorgt.14d45155-ecac-400d-afc1-b056dcdbc699.html>

Bundesregierung beschließt Maghreb-Staaten und Georgien als „sicher“ einzustufen

Am 18. Juli 2018 wurde der Gesetzentwurf zur Einstufung von Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien als sichere Herkunftsstaaten im Bundeskabinett verabschiedet. Den Fachverbänden wurden von der Bundesregierung weniger als 1,5 Werktage zur Stellungnahme zur Verfügung gestellt, und das in einer Jahreszeit, in der in vielen Bundesländern Sommerferien sind. Die Anhörung der Verbände sei erneut zur Farce verkommen, kritisierte Pro Asyl das Vorhaben:

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/sichere-herkunftslander-im-kabinett-gesetzgebungshektik-geht-weiter/>

<https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/2018-07-12-PRO-ASYL-Stellungnahme-zum-GE-sichere-HKL.pdf>

Grün- und Links-mitregierte Bundesländer können das Vorhaben im Bundesrat stoppen. Robert Habeck, Parteichef der Grünen widersprach dem Gesetzentwurf im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND):

<https://www.dw.com/de/gr%C3%BCne-maghreb-staaten-keine-sicheren-herkunftslander/a-44717647>

<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Kabinett-will-ueber-sichere-Herkunftsstaaten-entscheiden>

<https://www.tagesschau.de/inland/bundesregierung-tunesien-101.html>

<https://www.nzz.ch/international/gruenen-chef-die-maghreb-staaten-sind-keine-sicheren-herkunfts-laender-ld.1404412>

Mit der Einstufung der Länder als „sicher“ stelle die Bundesregierung Algerien, Marokko und Tunesien einen „Freifahrtschein für die Kriminalisierung von Homosexualität“ aus, erklärt der Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD). Auch die Einstufung von Georgien als „sicher“ sei problematisch angesichts der Übergriffe und Anfeindung, die von dort immer wieder berichtet werden. Die Erklärung des LSVD vom 18. Juli 2018:

http://www.sendcockpit.com/appl/ce/software/code/ext/_ns.php?&uid=7df11c37ad772f89fc70fcc6f7d09bb9

Eine „falsche Politik“ nennt der niedersächsische SPD-Vizefraktionschef die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten und hat Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Vorhabens; in Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 25. Juli 2018:

<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Scheitern-Berliner-Asylplaene-am-Votum-aus-Hannover>

Abschiebepaxis contra Rechtsstaat

Pressemitteilung der Neuen Richtervereinigung/Fachgruppe Verwaltungsrecht vom 18. Juli 2018 zur rechtswidrigen Abschiebung von Nasibullah S. aus Mecklenburg-Vorpommern nach Afghanistan und Sami A. nach Tunesien:

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/07/PE-NRV-18-07-2018-Abschiebepaxis.pdf>

In einer Presseerklärung vom 18. Juli 2018 fordert Pro Asyl die sofortige Rückholung von Nasibullah S.:

<http://go.proasyl.de/nl/o56x/1zl43.html?>

[m=AMEAABBxCIYAASZxaaIAAGWo4wEAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbTwfyuVCfygqdQ2O3hSo0QqwoHQAEGik&b=51852669&e=96cb20dd&x=SSw5yGX4grPTGHvLUua](http://go.proasyl.de/nl/o56x/1zl43.html?m=AMEAABBxCIYAASZxaaIAAGWo4wEAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbTwfyuVCfygqdQ2O3hSo0QqwoHQAEGik&b=51852669&e=96cb20dd&x=SSw5yGX4grPTGHvLUua)

Berlin - ein sicherer Hafen?

Auch Berlin will ein Zufluchtsort für Geflüchtete sein – und ihre Rechte stärken. Taz am 17. Juli 2018:

<https://www.taz.de/!5518024/>

"Zur Wut reicht die Kraft nicht mehr"

Bernd Kastner von der Süddeutschen Zeitung hat einige Monate unter Flüchtlingshelfer_innen nachgefragt. Am 15. Juli 2018 ist sein Beitrag in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht worden:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-drei-jahre-danach-1.4053442>

Das ARD-Magazin Panorama hat das Thema "Flüchtlingspolitik: Die Wut der Helfer" am 19. Juli 2018 aufgegriffen:

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/Fluechtlingspolitik-Die-Wut-der-Helfer,wutderhelfer100.html>

Rund 950 deutsche Sicherheitskräfte im Einsatz für "Frontex"

Die Zahl der deutschen Sicherheitskräfte, die für die EU-Grenzschutzagentur "Frontex" im Einsatz sind, ist von rund 100 im Jahr 2014 auf etwa 950 im vergangenen Jahr gestiegen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung vom 5. Juli 2018 auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor:

<https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=71d73c1bc7&e=c32be90dac>

2017 hat Deutschland demnach das größte Kontingent an Personal gestellt. Die Einsatzkräfte seien unter anderem dafür zuständig, die EU-Außengrenzen zu überwachen und Geflüchtete in Seenot zu retten, so die Bundesregierung.

Das Problem heißt Rassismus

Starke Zunahme von Antisemitismus im Netz

Eine Studie der Technischen Universität (TU) Berlin zufolge, haben antisemitische Äußerungen im Internet in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Über die Ergebnisse berichtete das MiGAZIN am 19. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/19/studie-starke-zunahme-antisemitismus-netz/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Rassistische Rhetorik wirkt über Wiederholung

Unter #metwo teilen Twitter-Nutzer ihre Erfahrungen mit Rassismus. Sprachwissenschaftler Jobst Paul sagt, in den Berichten werde deutlich, dass die herabsetzende Rhetorik dazu diene, Macht aufzubauen. Entscheidend für deren Erfolg sei, dass sie "Follower" finde, die die rassistischen Formeln wiederholten und weitertrügen. Jobst Paul im Gespräch im Deutschlandfunk am 30. Juli 2017:

https://www.deutschlandfunk.de/metwo-sprachforscher-rassistische-rhetorik-wirkt-ueber.694.de.html?dram:article_id=424170

Leseempfehlung/Ratgeber/Materialien

„Die Macht der Migration - zehn Gespräche zu Mobilität und Kapitalismus“

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (März 2018), Online als PDF verfügbar:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/38618/die-macht-der-migration-1/>

Neuer Blog: Deportation Monitoring Aegean

Bei bordermonitoring.eu geht ein weiteres Projekt an den Start: [Deportation Monitoring Aegean](http://bordermonitoring.eu) berichtet über Abschiebungen von den griechischen Inseln (mit einem Schwerpunkt auf Lesbos) in die Türkei. Bereits seit einem Jahr beobachtet die für den Blog verantwortliche Gruppe auf Lesbos Abschiebungen unter dem EU-Türkei Deal und dem bilateralen Rückführungs-Abkommen zwischen Griechenland und der Türkei.

"Es gibt keine Islamkritik"

In einem Interview zur Wirkung von Sprache kritisiert die Sprachforscherin Elisabeth Wehling das Wort "Islamophobie" - es wecke falsche Assoziationen. Die Bezeichnung "antimuslimischer Rassismus" überzeugt sie auch nicht und plädiert für einen anderen Begriff.

<https://mediendienst-integration.de/artikel/es-gibt-keine-islamkritik.html>

"Le_erstellen im NSU-Komplex"

Welche Fragen bleiben nach dem Urteil im Münchener NSU-Prozess offen? Damit befasst sich die Broschüre "Le_erstellen im NSU-Komplex", die von der "Amadeu Antonio Stiftung" herausgegeben wurde. Im Fokus steht das Verhältnis von Geschlecht und Rechtsextremismus. Link zum Download der Broschüre:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2018/neue-broschuere-leerstellen-im-nsu-komplex>

Flüchtlingsrat Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 - 716 499
Fax: 0331 - 887 15 460

Im Flüchtlingsrat mitarbeiten ...

Regelmäßig findet eine öffentliche Sitzung des Flüchtlingsrates statt. Jede/r Interessierte ist herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Fördermitglied werden...

Wer den Flüchtlingsrat inhaltlich und/oder finanziell unterstützen möchte, kann dem Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats beitreten. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Spenden...

Sie können /Ihr könnt den Flüchtlingsrat Brandenburg auch durch Ihre/Eure Spende unterstützen.

Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats e.V
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
IBAN: DE33 1605 0000 3501 0100 00
SWIFT-BIC: WELADED1PMB/